

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Versandstelle: Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Sinterhaus)
 Fernruf Lügow 5583/84 / Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 RM.
 Bestellungen nur durch die Post / Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die
 Versandstelle des Verbandes finden nicht statt



Anzeigengebühr: Die 8 gespaltene Zeile 1 RM. / Aufnahme nur bei vorheriger
 Gebühreneinsendung auf Postfach Berlin NW Nr. 10069: Deutscher Steinarbeiter-
 Verband, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Sinterhaus) / Blattschluß ist
 Sonnabends vormittags

37. Jahrgang

Berlin, den 5. August 1933

Nummer 31

Das hohe Lied des Lebens: Arbeit!

Einer blutigen Geißel gleich, schlug in den letzten 14 Jahren die Arbeitslosigkeit dem deutschen Volkskörper immer tiefere Wunden. Keine Regierung der Nachkriegszeit war in der Lage, diese Arbeitslosigkeit einzudämmen, oder sie zu beseitigen. Mit kleinlichen Mittelchen ging man dieser furchbaren Krankheit des deutschen Volkskörpers zu Leibe und mußte nach jedesmaliger Anwendung eines solchen Mittelchens feststellen, daß die Krankheit viel schneller wuchs, als ihr mit den angewendeten Mitteln beizukommen war.

Man versuchte zu einer Zeit, als kein Mensch in Deutschland mehr 40 Stunden in der Woche Arbeit hatte, die 40-Stundenwoche einzuführen. Man versuchte durch Stadtrand siedlungen allerbilligster Art die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Man versuchte Anleihen aufzunehmen zu einer Zeit, als das jüdische Schiebergesocks das Kapital bereits im Ausland in Sicherheit gebracht hatte. All diese kleinen und unpraktischen Mittel konnten außerdem auch nicht den geringsten Erfolg bringen, weil die nötige Tatkraft fehlte, die einmal angelegten Mittel bis zur letzten Konsequenz durchzuführen.

Man ließ die Zügel schleifen und ließ alles gehen, wie es eben ging. Die Folge davon war, daß mit der Zeit über 6 Millionen deutscher Arbeiter sich nicht betätigen konnten, daß sie keinen Arbeitsplatz hatten und gezwungen waren, im größten Müßiggang wöchentlich zweimal zur Stempelstelle zu laufen, um sich dann die paar Mark Bettelgroßen abzuholen.

Nicht nur die Untätigkeit an und für sich war für den anständigen deutschen Arbeiter niederdrückend, noch viel mehr degradierte das Gefühl, die Steuergroßen der noch beschäftigten deutschen Volksgenossen als Stempelgeld in Empfang zu nehmen. Der Prozentfuß der begeisterten Unterstützungsempfänger, die den Müßiggang als eine Tugend ansahen, ist gering. Weit aus der größte Teil dieser vom Schicksal verfluchten Volksgenossen empfanden es bitter schwer, ohne Arbeit, ohne eigene Leistung, ohne segensbringende Tätigkeit für das Volksganze dahinleben zu müssen.

Was damals an praktischer Arbeitsleistung verloren ging, ist nicht zu vergleichen mit der Einbuße an moralischer Widerstandskraft, und die verantwortlichen Regierenden können es niemals verantworten, durch ihre Unfähigkeit sich am Volke in dieser Beziehung schwer versündigt zu haben.

14 Jahre lang mußte der fleißige deutsche Arbeiter diese Geißel über sich ergehen lassen. 14 Jahre lang haben die von ihm selbst gewählten Volksführer keinen Ausweg aus dieser furchtbaren Not gefunden. 14 Jahre lang haben sich die angeblich klügsten Köpfe der deutschen Führerschaft angestrengt, diesem Elend ein Ende zu machen. Gefonnt haben sie es trotz ihrer selbst betonten Klugheit niemals.

Erst als der einfache Arbeiter Adolf Hitler die Geschicke des deutschen Volkes in seine Hände nahm, trat die Änderung ein, obwohl er keinen Doktor in der Tasche hatte.

Mit dem 30. Januar 1933 war das glorreiche Zeitalter des deutschen Stempelingenieurs vorbei. Der 30. Januar war das Signal dafür, daß der Müßiggang in Deutschland zum Tode verurteilt war und daß die Arbeit wieder zu Ehren kam.

Das Wort Arbeit war nicht mehr Last, sondern Ehrensache. Die Arbeit war nicht mehr Fronddienst, sondern freiwillige Mitarbeit am Volksaufbau, und der 30. Januar 1933 war vor allen Dingen ein Mahnruf an das gesamte deutsche Volk, den Begriff Arbeit und Ehre zu einem untrennbaren Ganzen zu vereinigen. Mit einer unbeschreiblichen Begeisterung ging die natio-

nalsozialistische Bewegung und die von ihr angesteckten Volksgenossen ans Werk, um der Arbeitslosigkeit in Deutschland ein für alle Male ein Ende zu machen.

Ein halbes Jahr Regierung Adolf Hitlers hat es fertig gebracht, 2 Millionen deutscher Volksgenossen von der Pest der Arbeitslosigkeit zu befreien. In dieser kurzen Zeit ist es gelungen, fast ganz Ostpreußen frei von Arbeitslosen zu machen und sogar in dieser Provinz Volksgenossen aus dem Reich in Arbeit und Brot zu bringen.

Pommern meldet ganze Gemeinden, in denen die Arbeitslosigkeit beseitigt worden ist.

Die Textilindustrie-Stadt Nordhorn (Hannover) meldet, daß der letzte Arbeitslose in Arbeit und Brot gebracht sei.

In allen anderen Provinzen regen sich die Hände, es hilft ein Volksteil dem anderen, der Unternehmer geht denselben Weg, wie der Arbeiter, alle Berufe haben sich in dem einen Willen vereinigt, so rasch als möglich die Arbeitslosigkeit durch Schaffung neuer Arbeitsstellen zu beseitigen.

Noch stehen uns gewaltige Aufgaben bevor. 4 Millionen deutscher Volksgenossen warten darauf, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Wir haben in einem halben Jahr 1/2 der Arbeitslosen untergebracht, und wir haben keine Zeit, müde zu werden: Auch der Rest von 4 Millionen muß in absehbarer Zeit wieder die Segnungen der Arbeit genießen.

Der Führer hat ein großzügiges Straßenbauprogramm festgelegt. Eine Musterstraße wird bereits zwischen Frankfurt und Heidelberg gebaut, und die Erfahrungen aus diesem Bau werden im nächsten Jahr

beim Ausbau der geplanten Durchgangstraßen verwendet. Bis zu einer Viertelmillion Arbeiter werden allein bei diesem Projekt untergebracht werden können, abgesehen davon, wird die Lieferindustrie durch den Straßenbau neue Kräfte einstellen müssen.

Große Arbeiten, die wir auch noch ausführen müssen, sind: Der Bau von Hochwasserdämmen, der Bau von Elektrizitätswerken, der Bau von Silos für Nahrung. Das Fehlen aller dieser Bauten kostet uns jährlich hunderte von Millionen, die durch Überschwemmungsschäden entstehen, durch Verderben von Nahrung und durch zu teuren Betriebsstoff. All diese Verluste, die man ruhig mit Milliarden einsetzen kann, müssen durch den Bau von Dämmen, Elektrizitätswerken und Silos in Zukunft vermieden werden.

Außer diesen Arbeiten haben wir eine Aufgabe, die nicht nur Arbeit schafft, sondern auch vom kulturellen und volksgesundheitlichen Standpunkt aus in Angriff genommen werden muß: Die Schaffung von Eigenheimen für jeden arbeitenden deutschen Menschen. Die elenden Kasernen der Großstadt, in welche unsere Volksgenossen zu Hunderten zusammengepfercht sind, in denen sie ohne Licht, ohne Sonne, ohne Luft und ohne Freude am Dasein leben müssen, müssen verschwinden. Diese Kasernen sind der Keimherd für alle Lungenkrankheiten. Das kürzeste Verfahren wäre, wenn man diese elenden Saubuden mit schwerer Artillerie aus der Welt schaffen würde. Das geht natürlich nicht, weil wir die darin lebenden Menschen erst einmal menschenwürdig unterbringen müssen.

All diese Arbeiten bringen Brot und Arbeit, all diese Arbeiten hängen zusammen mit großen Lieferungen, die abermals vielen hunderttausenden Volksgenossen Arbeit beschaffen, und wenn die 6 Millionen Menschen nicht mehr ihr Stempelgeld auszugeben haben, sondern wieder ehrlich verdienten Lohn in Umlauf bringen, wird der Bedarf an den Gütern des täglichen Lebens ins Unermessliche steigen und die Herstellung dieser Güter wiederum hunderttausend Menschen beschäftigen.

Ein endloser Kreislauf der Arbeitsbeschaffung wird einsetzen und nur in diesem endlosen Kreislauf kann die Arbeitslosigkeit beseitigt werden.

Genau so, wie während der System-Regierung sich die Arbeitslosigkeit so auswirken mußte, daß ein Arbeitsloser mit der Zeit einen anderen Volksgenossen arbeitslos machte, genau so wird durch die energische Inangriffnahme der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit jeder Volksgenosse, der in Arbeit kommt, durch seine Leistung und durch die Ausgaben seines Arbeitslohnes einem zweiten Volksgenossen Arbeit geben.

Jeder deutsche Volksgenosse ist im Grunde genommen infolge des dauernden Bedarfes an verschiedenen Lebensgütern ein Arbeitgeber für seine anderen Volksgenossen.

Das Ziel, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, werden wir auf jeden Fall erreichen, es gehört zur Erreichung dieses Zieles erst einmal eine tatkräftige Regierung, die die richtigen Mittel zu finden weiß und die einmal als richtig erkannten Mittel rücksichtslos einsetzt.

Es gehört aber auch dazu, daß jeder Volksgenosse, der es mit sich, mit seiner Familie und mit seinem Vaterland ehrlich meint, dieser Regierung ohne jeden Vorbehalt hilft und seine ganze Kraft zur Verfügung stellt, damit endlich wieder einmal ein Deutschland der ehrlichen Arbeit geschaffen wird.

In diesem neuen Deutschland darf es nur einen Grundsatz geben: Für jeden ehrlichen Arbeiter ehrliche Arbeit zu ehrlichem Lohn!



Ihr gebt Arbeit und Brot!

Annahmestellen für die Spende zur Förderung der nationalen Arbeit: Finanzamt, Hauptzollamt, Zollamt. Ueberweisung an diese Annahmestellen durch: Post, Bank, Sparkasse usw.

Verbandsleiter Biontek sprach in Leipzig

in der Versammlung der Granit- und Marmorindustriellen Sachsens am Sonnabend, den 29. Juli, über:

Die Mobilmachung der Arbeit im Dritten Reich

Wirtschaft und Arbeit sind im Grunde genommen untrennbare Begriffe. — Die Wirtschaft von 1918 bis 1933 hat sich jedoch von dem Begriff der Arbeit tatsächlich abgewendet und die Wirtschaft zum Selbstzweck erhoben. Nicht der Ehrbegriff der Arbeit war in diesen Jahren ausschlaggebend, sondern nur krassester Materialismus in allerhöchster Potenz. Ob und wieviel Volksgenossen in der Wirtschaft Arbeit fanden, war nicht so wichtig wie die Vorausberechnung der Dividende, und die Siege im Aufsichtsrat waren wichtiger als die Schaffung von neuen Arbeitsstellen!

Es war angeblich übersteigerte Klugheit, so zu handeln, trotzdem sich der einfache Menschenverstand sagen muß, daß die geübte Handlungsweise so unkaufmännisch wie nur irgend möglich war.

Kraßer Materialismus endet zum Schluß mit der Schädigung jedes Unternehmens, und umgekehrt ist höchster Idealismus in Wirklichkeit heftigster Materialismus.

Die kurzfristige Gewinnpolitik von heute auf morgen, ohne weiter zu denken, bringt am Ende Vernichtung des eigenen Betriebes und Vermögens. Dagegen kann man ganz einfach ausrechnen, daß die Rückstellung eigennützigen Denkens und die Einstellung des Gehirnsapparates auf Gemeingut letzten Endes dem betreffenden Betrieb selbst nützt.

Nicht die Entlassung von Arbeitern ist der Gipfelpunkt der Weisheit, und nicht die Schwächung der Kaufkraft des Arbeiters kann die Gesamtwirtschaft in einem Volke zur Blüte bringen, sondern im Gegenteil: Die Einstellung neuer Kräfte und eine möglichst gute Bezahlung dieser Kräfte kann bewirken, daß hierdurch die Allgemeinheit und die eigenen Betriebe mit der Zeit einen dauernden Vorteil haben.

Typisch für die Auffassung über Arbeit und Wirtschaft im vergangenen System war die Einrichtung des „Demobilisierungs-Kommissars“, der die Entlassung von Arbeitern und die Schließung von Betrieben zu überwachen hatte.

Richtiger wäre es gewesen, einen **M o b i l m a c h u n g s - K o m m i s s a r** zur Einstellung neuer Arbeiter und Eröffnung neuer Betriebe zu ernennen. — Schon aus diesem kleinen Beispiel geht hervor, daß der Wirtschaftsgang der letzten 15 Jahre auf Passivität anstatt auf Aktivität eingestellt war.

Es ist ein bitterer Scherz, wenn man sagt, daß also die Passiven die Aktiven übermogen, und die natürliche Folge Pleiten ohne Ende waren. Die tiefere Begründung für diese falsche Einstellung war der Mangel an Gemeinschaftsinn und die Unkenntnis des Grundsatzes:

Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Der Eigennutz des Unternehmers hatte eine Unmenge übler Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands. Der Eigennutz verführte vor allen Dingen den Unternehmer zu Preisunterbietungen, also zur Annahme von Aufträgen zu **j e d e m** Preis. — Zweck jedes Unternehmens und jeder Auftragsführung ist jedoch, außer den Selbstkosten, Unkosten usw. auch noch einen Gewinn herauszuwirtschaften.

Nun wurden aber Aufträge zu Preisen angenommen, die die Heranwirtschaftung eines Gewinnes unmöglich machten. Das Bestreben des betreffenden Unternehmers war nunmehr, trotz der niedrigen Preise für sich selbst immer noch einen Gewinn herauszupressen. Die schärfste Kalkulation nützt aber nichts. Es blieb aus diesem Dilemma lediglich ein einziger Ausweg. Die Steuerabgabe blieb in der nun einmal gesetzlich festgelegten Höhe. Eine Verminderung dieser Ausgaben war also ausgeschlossen. Ebenso mußten die Sozialabgaben abgeführt werden, und ebenso unmöglich war eine Verminderung der allgemeinen Geschäftskosten. Es blieb mithin nur ein Ausweg: **L o h n a b b a u**! — Das war in den letzten 15 Jahren immer der Gipfelpunkt kaufmännischer Weisheit in der deutschen Wirtschaft.

Wie schon oben ausgeführt, ist dies der verkehrteste Weg, weil durch den Lohnabbau die große Masse der Verbraucher in Deutschland kaufunfähig gemacht wird. Die Handlungsweise eines einzelnen unanständigen Kaufmannes, der zu **j e d e m** Preise Aufträge annahm und dann die Löhne drückte, blieb natürlich nicht ohne weitere Folgen. Die übrige Konkurrenz, die bis dahin noch anständig war, ihre Ware zu scharf kalkulierten Preisen abgab und dafür auch in der Lage war, die vereinbarten Tariflöhne zu bezahlen, mußte wohl oder übel auch unanständig werden und dem einen schwarzen Schaf auf der gleichen schiefen Ebene folgen.

Der Enderfolg war **K a m p f b i s a u f s M e s s e r a m l a u f e n d e n B a n d** und außerdem 1. Verärgerung der Kollegen, 2. Auspowerung der Arbeiter und 3. Verschleuderung von Volkvermögen und Volkseinkommen. Summa summarum also:

Verbrechen am Volk!

Aber nicht nur wirtschaftlich wurden weite Volkskreise durch dieses Gebaren geschädigt. Schlimmer noch waren die politischen Folgen dieser unklugen Handlungspolitik deutscher Wirtschaftskreise: **der Klassenhaß!**

Es war selbstverständlich, daß durch den dauernden Lohnabbau ohne gleichzeitige Senkung der Preise, im Arbeiter die Stimmung groß werden mußte, daß er **entrechtet** war, daß er der Prellbock war für eine verfehlte Wirtschaftspolitik der sogenannten „deutschen Wirtschaftsführer“. — Anstatt im Betrieb Hand in Hand zu arbeiten, lag über jedem Betrieb die Atmosphäre glühenden Hasses! Der Arbeitgeber war der Bluthund, der Ausauger, und ein großer Teil der Unternehmer verdoppelte diese Klust durch den angeborenen Standesdünkel dummer Menschen.

Klassenhaß ist heillose Dummheit — Standesdünkel dagegen ist unheilbare Dummheit!

Das Endergebnis dieser politischen Einstellung und Entscheidung war der Kampf aller gegen alle, und die Schlußfolgerung hieraus mußte unbedingt sein:

Vernichtung des Eigentums nach kommunistischen Grundsätzen!

Diese Gefahr war im System-Deutschland Ende 1932 riesengroß geworden, und die wenigsten Volksgenossen machen sich einen Begriff davon, was sie erlebt hätten, wenn nicht im letzten Moment der Führer der NSDAP, mit der Führung des deutschen Volkes betraut worden wäre!

Vom 30. Januar 1933 ab wurde das Steuer der deutschen Politik und der deutschen Wirtschaft mit einem energischen Ruck herumgeworfen! Von da ab hieß es in der deutschen Wirtschaft: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Ich muß diesen Grundsatz etwas deutlicher darlegen, indem ich zwei ausschlaggebende Begriffe hineinfüge. Es muß genau heißen: **„Gemeinnutz des Volkes geht vor Eigennutz des einzelnen!“** Ich muß bei dieser Gelegenheit vor der Auffassung eines Unternehmervereins warnen, bzw. ich muß diese Auslegung ablehnen, denn dieser Verband schrieb in einem Rundschreiben an seine Mitglieder:

„Gemeinnutz des Verbandes geht vor Eigennutz des einzelnen Mitgliedes!“

Das ist eine Beurteilung unseres hauptsächlichsten Leitmotivs aus der Froschperspektive und ein Zeugnis vollkommener Verständnislosigkeit!

Es darf uns im neuen Deutschland künftig wirtschaftlich nur der eine Gedanke leiten: „Geht es dem ganzen Volke gut, dann geht es mir auch gut; leidet dagegen ein großer Teil des Volkes wirtschaftlich, dann heißen zum Schluß auch mich die Hunde.“ — Die logische Folgerung aus diesem Denken ist: man muß gemeinnützig handeln, nicht nur aus Liebe zu seinen Volksgenossen, sondern auch im eigenen Interesse.

Der Schlüssel zur Erreichung dieses Zieles liegt in einer einzigen großen Kraftanstrengung: **Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.**

Man muß die Arbeitslosigkeit in der deutschen Wirtschaft, wenn man sie beseitigen will, als Krankheit betrachten und muß dementsprechend die richtigen Mittel anwenden. Als seinerzeit die Zahl der Arbeitslosen etwa 2 Millionen erreicht hatte, war immer noch Zeit vorhanden, ohne große Kraftanstrengung die Arbeitslosigkeit zu beseitigen; allerdings waren wir damals auch an dem kritischen Punkt angelangt, durch Vernachlässigung des Krankheitsherdes eine unaufhaltsame Verbreiterung desselben in Kauf nehmen zu müssen.

Jeder dieser arbeitslosen Volksgenossen belastete das Einkommen der noch in Arbeit befindlichen Volksgenossen schon derart, daß durch die Ausgaben an Unterstützungen und die sonstigen damit zusammenhängenden Verluste zwei Erwerbslose immer einen dritten Volksgenossen mit der Zeit erwerbslos machen mußten. Die damaligen Regierungen griffen nicht rücksichtslos durch, und deshalb wurden aus den 2 Millionen nach und nach 3, 4, 5 und 6 Millionen, die der Arbeitslosigkeit anheim fielen.

Wenn nun festgestellt werden muß, die Rechnung nach dieser Seite stimmt, dann muß sie logischerweise nach der anderen Seite auch aufgehen; d. h.: jeder neue in Arbeit gebrachte Volksgenosse wird durch den Wegfall an Unterstützungen, durch den Zufluß an Steuer, durch die Bezahlung der Sozialabgaben und durch den eigenen Verbrauch erreichen, daß wieder andere Volksgenossen in Arbeit kommen. Es gilt also, das Problem mit der notwendigen Energie anzufassen und nach Erkennung der richtigen Mittel konsequent durchzuführen.

Wir haben erkannt, daß hierzu zwei Faktoren notwendig sind: erstens einmal Maßnahmen der Regierung, und zweitens tatkräftige Selbsthilfe! Zu Punkt 1 können wir uns nicht beklagen, daß uns eine energische Regierung etwa fehlen würde. Sie ist da und hat in dem halben Jahr ihres Daseins bereits mehr geleistet als andere Regierungen innerhalb 20 Jahren.

Eine großzügige Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand hat eingesetzt. Der Staat erteilt an die Privatindustrie größere Aufträge und gewährt der Industrie bedeutende Steuererleichterungen. Aus allen Industriegruppen hört man erfreulicherweise, daß es möglich war, Neueinstellungen vorzunehmen bzw. die alte Belegschaft sogar zu verdoppeln und zu verdreifachen.

Durch die Heiratszuschüsse, die gesetzlich an junge Leute gewährt werden, die zu heiraten beabsichtigen und durch Ausscheiden der Frau aus dem Wirtschaftsleben neue Arbeitsstellen freimachen, wird die Wirtschaft ebenfalls angekurbt. Denn die Eheschließungen werden bewirkt, daß bei der Gründung der neuen Hausstände, Möbel und alle sonstigen Einrichtungsgegenstände beschafft werden, und dadurch wieder unzähligen Volksgenossen Arbeit besorgt wird.

Das vom Führer entworfene Bauprogramm für rund 5000 Kilometer Autostraßen wird sämtlichen Industrien Arbeit geben und bewirken, daß einschließlich der Einstellungen bei Lieferfirmen 400 000—500 000 Arbeiter allein bei diesem Projekt Arbeit und Brot finden.

Zur Durchführung dieser Regierungsmaßnahme ist notwendig, daß der vom Führer der Deutschen Arbeitsfront angeordnete Wirtschaftsfrieden unbedingt eingehalten wird. Es muß mit Rücksicht auf die Erhaltung der Kaufkraft der großen Masse, mit Rücksicht auf die im Aufbau befindliche Volksgemeinschaft, mit Rücksicht auf das gute Einvernehmen der Unternehmer untereinander, mit Rücksicht also auf den **Aufbau einer wirklich gesunden Wirtschaft** jeder Tarif eingehalten werden, jeder Urlaub vorchriftsmäßig bezahlt und die Preispolitik der Unternehmer freigemacht werden von schmutziger Konkurrenz. Die wirksamste Stütze für die Durchführung dieser Maßnahme ist die Deutsche Arbeitsfront.

Es gibt in Zukunft kein Nebeneinander der sogenannten Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Unternehmer, der Angestellte und der Arbeiter sind in ein und dieselbe Front eingereiht, nämlich in die Deutsche Arbeitsfront! Diese drei Säulen deutscher Volkskraft haben nur ein Ziel zu verfolgen, nämlich **am gleichen Strick zu ziehen!**

Auf der horizontal gelagerten Deutschen Arbeitsfront bauen sich vertikal die einzelnen Fachgruppen auf, die untergegliedert sind in Reichs-, Landes-, Kreis- und Betriebsfachgruppen. Die Reichsfachgruppen eines jeden Berufes schließen in Zukunft den Reichsmanteltarif für das betreffende Gewerbe ab. Dieser Reichsmanteltarif enthält natürlich nur die grundlegenden Bedingungen eines anständigen Tarifvertrages.

Innerhalb der Landes- und Kreisfachgruppen werden dann die für den betreffenden Bezirk in Frage kommenden Löhne festgelegt. Grundsätzlich sind wir gegen den Abschluß von Werttarifen. Solche sind nur erlaubt, wenn nachgewiesen wird, daß nur durch den Abschluß eines Werttarifes das Unternehmen vor dem Untergang bewahrt wird.

Die Tarife selbst werden nicht auf der Basis des Stundenlohnes ausgearbeitet, weil der Stundenlohn eine glatte Sinnlosigkeit bedeutet. Es nützt dem Arbeiter gar nichts, wenn er pro Stunde 3 Mark verdient und er in der Woche nur 2 oder 3 Stunden beschäftigt wird. Dann bekommt er am Samstag so viel ausgezahlt, daß er mit seiner Familie verhungern darf. Der Tarif muß also auf dem Wochenlohn basieren. Erst eine solche Regelung bietet dem Arbeiter Sicherstellung seiner Existenz!

Der ständische Aufbau in der Deutschen Arbeitsfront sieht vor, daß der Unternehmer den von ihm lange gehegten Wunsch, Herr im Hause zu sein, voll und ganz erfüllt sieht. Wir haben dadurch zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

1. ist der Unternehmer durch diese Gesetzgebung Herr im Hause,
2. ist der Arbeitnehmer so geschützt, wie er bisher weder in Deutschland noch in irgendeinem anderen Lande geschützt war.

Der Betriebsrat hat den Unternehmer zu beraten, Entschließungen aber trifft der Unternehmer als Führer des Unternehmens ganz allein, allerdings muß er sich voll und ganz an die im Tarif getroffenen Abmachungen halten. Versagt er in dieser Beziehung, so hat er bewiesen, daß ihm die Führereigenschaft fehlt. Er hat zugleich dargelegt, daß er nicht gewillt ist, auf Treu und Glauben abgeschlossene Abmachungen einzuhalten. Er hat außerdem seine Gemeingefährlichkeit seinen Mitarbeitern gegenüber unter Beweis gestellt.

Die Folgen, die einen vertragsuntreuen Unternehmer innerhalb der Deutschen Arbeitsfront treffen, sind genau so schwerwiegend wie die ihm bewilligte Eigenschaft als Herr im Hause. Verstößt der Unternehmer gegen die getroffenen Abmachungen, so entscheidet das vorgeordnete Standesgericht dergestalt, daß die Verurteilungen eines solchen Unternehmers drei Stufen umfassen: erstens eine empfindliche Geldstrafe, beim zweiten Male Zuchthaus und beim dritten Male Enteignung des Betriebes und zugleich Verlust der Staatsbürgerschaft.

Wir glauben mit gutem Gewissen behaupten zu können, daß eine solche Regelung beiden Teilen dient. Der Unternehmer soll sich als Herr in seinem eigenen Hause fühlen, und der Arbeiter soll wissen, daß dieser Herr im Hause ihm nicht ungetraut auf der Nase herumtanzen darf!

Zu 2: **Selbsthilfe.** Ich gebe sämtlichen Unternehmern der Steinbranche folgendes zu bedenken:

Im nächsten Frühjahr setzt mit dem vorgesehenen Straßenaufbauprogramm ein Riesenbedarf an Material ein. Jeder denkende Kaufmann wird also weitsichtig vorbeugen und im Winter so viel als möglich auf Lager arbeiten, einmal, um bei den Lieferungen gewappnet zu sein, und zweitens, um der Regierung bei der Durchführung dieser Maßnahme nach besten Kräften Hilfestellung zu geben. Es heißt also **alle Kräfte anspannen, um bereit zu sein.** — Durch die Winterarbeit wird also erreicht

1. das Bereitsein im Frühjahr 1934 und dadurch Vermeidung von Störungen in der Arbeit infolge Materialmangels,
2. Beschäftigung der Arbeiter über den Winter, dagegen Verminderung der öffentlichen Lasten, Steigerung des Konjums und weitere Belebung des Marktes.

Ich richte deshalb an Sie alle als Unternehmer den Aufruf, sofort und zwar unter heftigster Anspannung der vorhandenen Mittel am Wirtschaftsaufbau mitzuhelfen, und wenn es sein muß, diese Hilfe sogar durch Belastung des Privatvermögens durchzuführen. Sie müssen in der nächsten Zeit und in den nächsten Monaten vor allen Dingen dafür sorgen, daß

1. keine Überstunden gearbeitet werden, sondern bei Vorhandensein reichlicher Aufträge oder für die Vorratsarbeit dafür neue Kräfte einstellen.
2. Jeder Unternehmer kann seine Bereitschaft, am Aufbau der deutschen Wirtschaft mitzuhelfen, dadurch beweisen, daß er sofort seine Belegschaft um mindestens 10 Proz. vermehrt und mir dies, zwecks weiterer Verwendung bei der Regierung, mitteilt.

Den letzten Nutzen aus solchen Maßnahmen hat immer wieder der Unternehmer selber. Er muß nur eins tun: er soll nicht immer an sich und seine Tasche denken, sondern weiterschauen und kaufmännisch und volkspolitisch richtig handeln. Nur durch unbedingte und praktische in die Tat umgesetzte Unterstützung der Regierung wird endgültiger Volkswohlstand über dem Umweg der Volksgemeinschaft erreicht.

Die Volksgemeinschaft muß 100prozentig verwirklicht werden. Es darf nicht mehr Herren und Knechte geben, nicht Unternehmer und Arbeiter, nicht Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern im neuen Deutschland muß es heißen:

1. der Arbeiter Uhlisch, Besitzer eines Steinbruches,
2. seine Mitarbeiter Müller, Schulze, Lehmann usw., Helfer an seinem Steinbruch.

Nur auf einer solchen vollkommen ideal aufgebauten Volksgemeinschaft kann wirklich Volkswirtschaft betrieben und endgültiger Volkswohlstand erreicht werden.

Jeder deutsche Volksgenosse muß die Arbeit als Ehrensache ansehen, jeder einzelne muß bei der Mobilmachung der Arbeit aktiv tätig sein, damit es bald wieder in Deutschland heißt:

Ein Geist, ein Volk, ein Vaterland!!!

Endlich!

Was jeder Kämpfer der NSDAP, sehnlichst erwartete, ist jetzt endlich Wirklichkeit geworden.

Der Ministerpräsident Göring hat ein Gesetz ausgearbeitet, durch welches die Kampftruppen der nationalsozialistischen Revolution SA., SS. und Stahlhelm sowie die sonstigen Formationen der NSDAP. vor Mordbuben geschützt werden.

Wir waren in den letzten fünf Monaten zu anständig. Diese Anständigkeit hat das marxistische Gesindel scheinbar als Schwäche ausgelegt. Keine Woche verging ohne einen Mord an der SA., SS. oder Polizei.

Wir können aber auch anders herum. Wem es nicht paßt, anständig behandelt zu werden, der muß eben die Schärfe des neuen Gesetzes zu kosten bekommen. Es wäre ein unhaltbarer Zustand gewesen, wenn nach der siegreichen Revolution und nachdem wir alle Machtmittel in der Hand haben, die Regierung zu den regelmäßigen Schießereien und Mordtaten geschwiegen hätte.

Wir haben nicht 13 Jahre gekämpft, um jetzt nach der Erreichung der Macht Freiwild für marxistische Mörder zu sein.

Wir haben genug kostbares Blut verloren in der Zeit, in der uns die Gegenwehr und das Tragen von Waffen verboten waren. Unsere herrliche Freiheitsbewegung hat fast 400 Tote und Zehntausende von Verwundeten geopfert, um die Einigkeit des deutschen Volkes zu erkämpfen.

Und jetzt, nachdem wir diese Einigkeit errungen haben, lassen wir uns nicht weiter niederknallen und lassen nicht die Einheit des Volksstaates untergraben.

Der Bau steht! Was in Jahrzehnten anderen nicht gelungen ist: Wir haben es geschafft! Mit berechtigtem Stolz können wir dies sagen, und jeder deutsche Volksgenosse, der sehen und hören kann, wird uns unbedingt zustimmen.

Was einst in Klassen zerrissen war, und sich gegenseitig bekämpfte, heute stehen sie alle unter dem Freiheitsbanner Adolf Hitlers.

Was in den 14 Jahren Nachkriegswirtschaft in Neu-Deutschland zerklüftet wurde: Adolf Hitler hat in einem knappen halben Jahr ein ganzes Drittel wieder repariert!

Zwei Millionen Erwerbslose sind in kurzer Zeit wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert. Ostpreußen wurde nach einem bestimmten Plan Kreis für Kreis von der Arbeitslosigkeit geheilt, so daß in wenigen Wochen in dieser Provinz das Wort „arbeitslos“ unbekannt sein wird.

Das ist planvolle Aufbauarbeit, erdacht und durchgeführt zum Segen des ganzen Volkes.

Und diese Arbeit sollen wir uns von verrückt gewordenen Schubiaken, die das letzte Fünkchen Ehrgefühl verloren haben, stören lassen? Das Ziel, unser deutsches Volk aus dem Elend herauszuführen, sollen wir uns durch Verbrecher schlimmster Art gefährden lassen? Die Arbeitsfreudigkeit aller Volkskreise, an dieser Aufbauarbeit mitzuhelfen, sollen wir durch gemeine Mörder heunruhigen lassen?

Dieses Lumpengesindel kennt uns schlecht!
Schluß jetzt mit der deutschen Gütmütigkeit, auch im schlimmsten Feind einen Menschen zu sehen.

Schluß jetzt mit der Auffassung, der erbitterte Gegner von gestern könnte durch unsere Anständigkeit zum Freunde gemacht werden.

Schluß und nochmals Schluß!

Wir wollen ganz reine Bahn machen!

Wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll wieder vergossen werden!

Mit eiserner Schlußfolgerung soll dieses Wort auf verbrecherische Menschen, auf Mörder, Anwendung finden.

Wer ahnungslose Menschen niederschießt, soll genau so umgebracht werden, es wird kein Pardon gegeben, höchstens daß man einem solchen Lumpen anstatt einer Kugel, den Strick verpaßt. Das Aufhängen sollte für dieses Gesindel ausschließlich angewendet werden. Wenn erst einmal ein paar von diesen Schurken hängen, werden es sich die anderen überlegen, das gleiche Schicksal zu teilen. Die Zeiten sind endgültig vorbei, in welchen Mörder mit drei Jahre Zuchthaus und Bewährungsfrist bestraft wurden.

Jeder anständige deutsche Mensch wird die strenge Anordnung des Preussischen Ministerpräsidenten verstehen und billigen. **Es ist besser für das Volksganze, daß zehn verkommene tierische Verbrecher hängen, bevor auch nur ein Kämpfer der NSDAP. verletzt wird.**

Die Rechnung ist sehr einfach: Der SA.-Mann kämpft für sein Volk, und die zehn Verbrecher arbeiten an dem Untergang des Volkes, infolgedessen: Weg mit den zehn Lumpen. Aber nicht nur den Täter, sondern auch seine Helfer trifft die strenge Strafe, ebenso seine Mitwisser.

Mitgegangen, mitgefangen, mitgehungen. So soll es in Zukunft sein.

Es gibt keine Ausrede mehr: Der andere hat geschossen, ich habe ihm bloß den Revolver geliehen! Schön, dann hängt du eben mit. Denn hättest du dem anderen den Revolver nicht geliehen, dann hätte er nicht schießen können. Also bist du Lump genau so schuldig wie der andere.

Wir fordern alle deutschen Volksgenossen auf, nicht nur von diesen Lumpen abzurücken, sondern vor allen Dingen auch die Augen offen zu halten. Wer Verdächtige beobachtet, wer ein verdächtiges Gespräch mit anhört, wer Vorbereitungen zu gemeiner Sabotage und zu Mordtaten bemerkt, hat seine Beobachtungen sofort der Polizei mitzuteilen. Wer eine solche Meldung unterläßt, **macht sich mitschuldig.**

Wir wollen endlich einmal Ruhe haben vor den Mordtaten des marxistischen Gesindels. Wir wollen endlich ruhig arbeiten können am Aufbau unseres Vaterlandes. Wir wollen endlich deutsche Rechtspflege im deutschen Staat haben, und deshalb begrüßen wir die energischen Maßnahmen des Hg. Goering. Wir wissen, daß man mit Verbrechern nur fertig werden kann, wenn man sie als Verbrecher behandelt. Brutale Ausmerzungen solcher Elemente ist die einzige Möglichkeit, sie zu beseitigen.

Wir kennen in dieser Beziehung nur einen Grundsatz: **Ist Volk und Staat von Verbrechern bedroht, dann bezieht uns unser Verantwortungsgefühl dem Volk gegenüber, diese Sorte Menschen sofort und rückwärtslos zu beseitigen.**

Worauf sich die Herren Marxisten verlassen können.
P i o n t e k, Verbandsleiter.

Und wenn es heißt: „Du sollst nicht töten“, dann wissen wir, daß der, der gegen dieses Gebot verstößt, ein Mörder ist! Auch hier suchen wir nicht mit jüdischer Spitzfindigkeit Entschuldigungen, die eine Tat mit Gründen „geistiger Verwirrung“ oder „sexueller Verirrung“ ungehehen machen will!

Diese positive Auffassung des Christentums wird uns auch bei der Schaffung des deutschen Rechts leiten.

Mord ist bei uns Mord!

und wer im Dritten Reich mordet, hat sein Leben verwirkt!

Auf der andern Seite fassen wir das positive Christentum so auf, daß auch die Lehren, die zur Güte, Nachsicht und Liebe auffordern, nicht dem Buchstaben nach zu erfüllen, sondern daß sie praktisch auszuüben sind. Wir wollen nicht, daß man bei dem Gebot „Liebe deinen Nächsten“ im voraus berechnet, mit wie vielen Prozent diese Liebe rentiert. — Wir wollen nicht, daß jede Wohlthat erst Wert bekommt, wenn sie in Fettschrift durch sämtliche Zeitschriften veröffentlicht wird. — Wir wollen nicht, daß selbstverständliche Beweise von anständiger Gesinnung und Moral erst in der Öffentlichkeit mit großer Reklame breitgetreten werden müssen, damit man sie überhaupt sieht.

Wohl tun, Nächstenliebe, Anständigkeit und Moral gewinnen erst, wenn sie als Selbstverständlichkeiten gehandhabt werden! —

Selbstverständlich lehnen wir es ab, gerade Begriffe wie Moral und Tugend in demselben Sinne wie es z. B. das Zentrum handhabte, auch weiterhin in die Praxis umzusetzen. **Wir sind keine Dummköpfe** und geben jedem Gefühl natürlicher und gesunder Lebensauffassung Platz. Man wird uns niemals den Vorwurf schwarzen Muderiums machen können. — In unseren Ansichten über Moral und Tugend lassen wir uns im künftigen Deutschland immer nur durch das natürliche Gefühl für das Richtige und Falsche, wie es im germanischen Menschen blutmäßig verankert ist, leiten! —

Und gerade dieser Standpunkt erleichtert die Ausführung des an sich sehr schwierig klingenden Leitsatzes unseres Bewusstseins: **Gemeinnutz geht vor Eigennutz!**

Nur dieser Grundsatz wird es möglich machen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit aus dem Materialismus, in den es durch den Geist der jüdischen Erziehung seit Jahrzehnten hineingeführt worden ist, wieder herauskommt.

Man kann nicht anständig sein, wenn man sich immer und immer wieder nur von dem Gedanken an Profit in seinen Handlungen bestimmen läßt.

Man kann ein Volk weder in bezug auf Religion noch Politik noch Wirtschaft innerlich gesund machen, wenn nicht zugleich von innen heraus eine Gesundung erfolgt, die sich nur von diesem Hauptsatz unseres Programmes beeinflussen läßt. — Wir müssen das deutsche Volk frei machen von dem Gedanken, daß der Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ der richtige ist, ein Volk frei zu machen!

Wir können das Beispiel für die Richtigkeit unserer Ansicht schon im Leben der einzelnen Familie finden. Wenn ein Glied der Familie sich vom Eigennutz dazu verleiten läßt, immer nur an sich zu denken und unter diesem Eigennutz alle anderen Familienglieder leiden läßt, wird niemals ein harmonisches Familienleben zustande kommen. Genau so unmöglich ist es, Ordnung im Staatsleben zu schaffen, wenn eine Anzahl der Volksgenossen nur an seine eigenen Wünsche denkt und den Bedürfnissen der Gesamtheit die falsche Schulter zeigt.

Wir wissen, daß wir gegen diesen materialistischen Geist in unserem Volke einen schweren Kampf zu führen haben werden. Die jahrzehntelange Vergiftung des deutschen Denkens mit jüdischen Moralauffassungen hat es mit sich gebracht, daß ein großer Teil des deutschen Volkes sich noch nicht freimachen kann von dieser, unserem eigenen Volksempfinden fremden, Geistesauffassung. Erst wenn der Gedanke im deutschen Volk Gemeinnutz geworden ist, daß es dem einzelnen nur gut gehen kann, wenn die Gemeinschaft von jeder einzelnen Handlung Nutzen hat, wird nicht nur die wirtschaftliche Gesundung des deutschen Volkes Fortschritte machen, sondern erst dann wird auch moralisch das **deutsche Volk sich auf sich selbst besinnen und über sich selbst erheben!**

Wenn der Kampf auch schwer ist, ist unsere Freiheitsbewegung doch nicht gewillt, diesen Kampf auch nur einen Tag kraftlos zu führen!

Der Führer selbst hat es sich zum obersten Ziel gesetzt, das deutsche Volk in jeder Beziehung gesund zu machen und — das Leben unseres Führers ist uns allen Garantie dafür, daß auch dieser Punkt nationaler Willensäußerung in die Tat umgesetzt wird! Unser bisheriger Kampf war schwer genug. Wir sind nie vor einer Schwierigkeit zurückgeschreckt. Im Gegenteil: Jede auftretende Schwierigkeit hat unseren Kampfwillen erst recht gestählt und uns fähig gemacht, das Ziel gegen alle Gewalten der Welt zu erreichen.

Auch hinsichtlich der dauernden Gesundung unseres Volkes werden wir die erprobte Hartnäckigkeit nationalsozialistischer Kampfweise einsetzen, um im Interesse des deutschen Volkes selber alles auszumergen, was mit deutschem Denken und deutschem Fühlen nichts zu tun hat. Es muß wieder unbedingt heißen:

Einer für alle und alle für einen!

Erst dann, wenn aus dieser Einstellung heraus allen Gliedern der deutschen Volksgemeinschaft die Erkenntnis erwachsen wird, daß nur dieses unbedingte Zusammenhalten auf jedem Gebiet das deutsche Volk auf den ihm gebührenden Platz führt, wird auch dem letzten, bisher sich noch sträubenden Volksgenossen die Richtigkeit unserer logischen Kampfweise einleuchten, und dann wird jeder deutsche Volksgenosse sich gern der Hauptforderung in unserem Programm unterwerfen: **Gemeinnutz geht vor Eigennutz!**

P i o n t e k, Verbandsleiter.

Das Programm der NSDAP.

Wir setzen heute die Betrachtung über unser Programm fort, und zwar wird besprochen:

Punkt 24: Wir fordern die Freiheit

aller religiösen Bekenntnisse im Staat,

soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstößen.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden.

Sie bekämpft den jüdischen materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: **Gemeinnutz geht vor Eigennutz!**

In den langen Jahren unseres politischen Kampfes wurde der NSDAP. von den sogenannten „kirchlichen“ Parteien, also vom Zentrum schwarzer und blauer Färbung, immer wieder der Vorwurf gemacht, daß die NSDAP. religions- und kirchenfeindlich sei. Es blieb uns im politischen Kampf nichts anderes übrig, als gegen diese dummen Vorwürfe dauernd anzugehen. — Wir freuen uns, daß wir nunmehr, nachdem wir zur Macht gekommen sind, nicht nur theoretisch in Wahlkämpfen, sondern auch praktisch durch Regierungsmaßnahmen beweisen können, daß diese Vorwürfe **glatt erfinden waren.**

Was den bisherigen System-Parteien nicht gelungen ist und auch nicht gelingen konnte, nämlich: ein Reichskonkordat mit der katholischen Kirche und eine Einigung der evangelischen Kirchen, das hat die Regierung Adolf Hitlers in einem knappen halben Jahr fertig bekommen!

Wir wollen uns nicht verhehlen, daß das frühere System eine einheitliche Regelung niemals erreichen konnte, weil schon allein die Ehe zwischen Zentrum und SPD. ein Bund war, der vor innerlicher Unwahrhaftigkeit strohte. — Wenn auch die Führer dieser beiden Parteien sich in der Verteilung der vorhandenen Futterkrippen sehr gut verstanden, so waren die Lebensauffassung und die Ideenwelt der Anhänger dieser

beiden Parteien doch niemals unter einen Hut zu bringen! — Aus diesem Grunde mußten alle Verhandlungen in bezug auf ein Reichskonkordat und eine Einigung der evangelischen Kirchen immer wieder scheitern.

Wir Nationalsozialisten wissen, daß es ein geistig gesundes und politisch zuverlässiges Volk niemals geben kann, wenn ihm Ideale fehlen, an die es glauben und an die es sich klammern kann.

Religion muß sein!

Wohin ein Volk treibt, welches offiziell jede Religion ablehnt, zeigt uns das Beispiel des russischen Sowjet-Staates. Verlodderung der Jugend, Mord und Totschlag sind die natürlichen Folgen einer hemmungslosen Ablehnung jeder Religion, und davor

wollen wir das Deutsche Volk in jedem Fall bewahren!

Wir haben mit Absicht die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staate gefordert, weil wir wissen, daß eine diktierte oder verlangte Religiosität ihren Zweck niemals erreichen wird und weil wir auf der anderen Seite wissen, daß eine unterdrückte Religion sich erst recht durchsetzt. —

Wir wollen also nicht in den Fehler unserer klugen Machtvorgänger verfallen, schließen aber auf der anderen Seite jedes religiöse Bekenntnis von dieser Freiheit aus, wenn es gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstößt!

Durch unsere Handlungsweise in bezug auf den Abschluß des Reichskonkordats mit der katholischen Kirche und die Einigung der evangelischen Kirchen haben wir bewiesen, daß wir keines der beiden Bekenntnisse irgendwie bevorzugen! — Jeder Katholik und jeder Protestant kann im Dritten Reich seinem religiösen Bekenntnis nachgehen, ohne von seiten des Staates irgendwie beeinflusst zu werden.

Die NSDAP. vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums. Das heißt, wir sind, ohne uns an Dogmen zu halten, dafür, daß die Lehren des Gründers der christlichen Religion praktisch erfüllt werden.

Wenn es in der christlichen Religion heißt: „Du sollst nicht stehlen“, dann wissen wir, daß Diebstahl ein Vergehen ist und vergeben dem Schuldigen den Diebstahl nicht wie die bisherigen Machthaber mit einer „verzeihlichen Kleptomantie“.

Dr. Todt über die Reichsautobahnen

Vereinheitlichung des allgemeinen Straßenbauwesens —
Zusammenfassung der Wegeunterhaltungspflichtigen —
Arbeit für Hunderttausende

Berlin, 25. Juli

Der Generalinspekteur für das deutsche Straßenbauwesen, Dr. Todt, dem bekanntlich außerordentliche Vollmachten vom Führer, Reichkanzler Adolf Hitler, übertragen worden sind, hat heute in einer Rede vor der Presse über seine Aufgaben und Ziele gesprochen. Der Generalinspekteur betonte eingangs, welche Zwecke das Gesetz vom 27. Juni 1933 über die Reichsautobahn verfolgt und führte dann u. a. weiter aus:

Wenn man auf die Landstraße komme, dauere es nicht lange, bis für einen Kraftwagen das erste Hindernis in Form von Schlaglöchern, Radfahrergruppen, Seuwagen usw. entstehe. Von diesem Zustand würden 1 1/2 Millionen Kraftfahrzeuge in Deutschland betroffen. Hier sei ein Mißverhältnis entstanden, das beseitigt werden müsse. Das Auto wird sich die Wege schaffen, die es braucht, es ist nur die Frage, wie es geschehen wird. Wir haben seit 1926 schon daran gearbeitet, die Straßen dem Auto anzupassen — aber wie. Die Straßen wurden breiter gemacht, Kurven wurden abgeflacht mit einem Radius von 400 Metern, um dann, wenn eine Art gemacht war, zu sehen, daß es schon wieder zu wenig gewesen ist für den fortgeschrittenen Autoverkehr. So ging es weiter. Wir hätten die Straßen nochmals verbreitert, die Kurven noch mehr abgeflacht, und immer wieder wäre die Arbeit, wenn sie fertig war, überholt gewesen.

Da kam Adolf Hitler. Mit seinem weit ausschauenden Blick sagte er:

„Wir haben nicht eine Straße zu bauen, die dem jetzigen Verkehr genügt. Nein, die Entwicklung geht weiter. Was wir bauen, muß für eine Generation geschaffen sein. Die Straße muß in 20 Jahren noch den Wert besitzen, den sie jetzt andeutungsweise haben kann. Wir wollen etwas schaffen, das nicht wieder so schnell überholt werden kann. Wir wollen einen Wert schaffen, der auf Generationen hinaus seinen Wert behält.“

Das Endziel der beabsichtigten Entwicklung sei nicht etwa eine „Verreichlichung“ des Straßenrechtes, denn die Straßen in Ostpreußen seien unter ganz anderen Verhältnissen gebaut als die in anderen Gegenden. Die Straße sei bodenständig und soll mit der Provinz verbunden sein. Gedacht sei die Beseitigung der Vielheit der Unterhaltungspflichtigen und die Zusammenfassung zu einer Einheit. Gedacht sei an eine Art Landesinspekteur, der für den gesamten Straßenbau verantwortlich ist. Der allgemeine Straßenbau werde künftig nach einheitlichen Richtlinien durchgeführt werden. Die schönste Organisation nütze nichts, wenn nicht die Finanzierungsmethoden des Straßenbaus eine Änderung erfahren. Der Wegeunterhaltungspflichtige sei bisher der arme Anlieger, der Benutzer der Straße, der Besitzer des Kraftfahrzeuges. Der Wegeunterhaltungspflichtige müsse ein anderer werden.

Es müsse unter allen Umständen der ursprüngliche Zustand wieder herbeigeführt werden, daß der Benutzer der Straßenwege unterhaltungspflichtig wird. Die Form der Finanzierung müsse ebenfalls eine Änderung erfahren. Nur so sei eine feste Planung auf 5 bis 10 Jahre möglich wie in Italien und der Tschechoslowakei.

Dann wies der Generalinspekteur noch darauf hin, daß für den Bau von einem Kilometer Autostraße etwa 30 bis 40 000 Tagewerke notwendig seien. Bei hundert Kilometern Autostraßenbahn würden 20 000 Arbeiter ein Jahr lang Beschäftigung finden. Man hoffe, die Zahl der Arbeiter später auf eine Viertelmillion auszuweiten. Die indirekte Wirkung des Autostraßenbaues sei noch größer, da man diejenigen Arbeiter berücksichtigen müsse, die in Schotterwerken usw. Brot und Arbeit fänden. Der Vorteil des Autostraßenbaues im Hinblick auf den Arbeitsmarkt sei eben der, daß das Unternehmen auf eine Serie von Jahren durchgeführt werde und daß größere Maschinenarbeiten unnötig seien.

Zum Schluß betonte noch der Generalinspekteur, daß neben den 160—170 Millionen Aufkommen an Autosteuern noch weitere Lasten auf dem Kraftfahrzeug lägen in Form von Treibstoffabgabe, Ausgleichsabgabe und Spritbeimischung, was zusammen etwa eine Gesamtbelastung der deutschen Kraftfahrzeuge in Höhe von 350 Millionen ausmache. Die Vorarbeiten zur Autobahn seien an der Strecke Frankfurt-Darmstadt in Länge von 25 Kilometern begonnen worden. Diese Strecke würde zuerst fertiggestellt werden, und zwar wahrscheinlich im nächsten Jahre, wenn in Deutschland der internationale Straßentongreß tage. Die vorläufige Finanzierung dieser Strecke Frankfurt-Darmstadt sei so erfolgt, daß die Reichsbahn das Geld in Form eines Darlehens gebe.

Verbandsamtliche Mitteilungen

Die Verbandsleitung erhält von allen Seiten anonyme Zuschriften. Meist handelt es sich in diesen Schreiben um Angaben über Nichterhaltung der Tarifverträge seitens der Unternehmer.

Daß derartige Zuschriften unberücksichtigt bleiben, ist selbstverständlich. Wenn jemand sich zu beklagen hat, dann soll er auch den Mut aufbringen, seinen Namen anzugeben.

Wir können nicht auf Grund anonymer Eingaben bei irgendwelchen Firmen vorstellig werden. Anonyme Schreiben kommen in den Papierkorb!

Piontek, Verbandsleiter.

In Nummer 30 des „Steinarbeiter“ habe ich die Parteigenossen bekanntgegeben, die zu Verbandsbezirksleitern ernannt worden sind. Diese Liste ist nunmehr vervollständigt bzw. abgeändert:

1. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Ostpreußen:
Pg. Fritz Wöllmann, Königsberg (Ostpr.), Vorder-Roßgarten 61/62.
 2. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Schlesien:
Pg. Schuermann, Breslau, z. St. Liegnitz (Schl.), Ermanweg 2.
 3. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Berlin-Brandenburg:
Pg. Edzardi, Berlin SO 16, Engelauer 25.
 4. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Pommern:
Pg. Ottomar Falland, Stettin, Augustastraße 17, Gewerkschaftshaus.
 5. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Nordmark:
Vorläufig noch unbesetzt.
 6. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen:
Pg. Walter Hoyer, Hannover, Odeonstraße 15/16.
 7. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen:
Pg. Walter Hassel, Essen, Corneliusstraße 29.
 8. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Rheinland:
Heinrich Hamacher, Köln, Severinstraße 199, Volkshaus.
 9. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Hessen:
Pg. Artur Böfel, Frankfurt a. M., Bürgerstraße 69.
 11. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Mitteldeutschland:
Pg. Gustav Lehder, Weimar, Jacobstraße 25.
(Ab 1. August 1933: Erfurt, Johannesstraße 55, Horst-Wessel-Haus.)
 11. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Sachsen:
Pg. Ludwig Ulrich, Dresden-N., Platz der SA. 14, I. r.
 12. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Bayern:
Pg. Engelbert Kaiser, München, Pestalozzistraße, Gewerkschaftshaus.
 13. Für den Landesarbeitsamtsbezirk Südwestdeutschland:
Pg. Karl Sohn, Karlsruhe, Schlagfeldweg 2.
- Für den Bezirk Nordmark wird der Bezirksleiter endgültig in der nächsten Nummer bekanntgegeben.

Piontek, Verbandsleiter.

Da sich die Anzahl der Ortsgruppen dauernd stark vermehrt, kann der Schriftverkehr in der bisherigen Weise nicht mehr ordnungsgemäß durchgeführt werden.

Es wird deshalb angeordnet:
Meldungen und sonstige Mitteilungen sind stets getrennt auf 1/2 Bogen zu schreiben, und zwar je nachdem, für welche Hauptabteilung die Meldung bestimmt ist, mit dem betreffenden Vermerk. Zum Beispiel: Presse, Organisation, Schriftwart, Kasse oder Verbandsleitung.

Dadurch wird die betreffende Meldung sofort der zuständigen Abteilung zugeleitet und kann auch sofort erledigt werden.

Wenn sämtliche Anforderungen, Meldungen usw. auf einen Bogen geschrieben werden, wird der Geschäftsbetrieb dadurch nur aufgehalten. Piontek, Verbandsleiter.

Betr. Aufnahmeheine

In Zukunft sind die Aufnahmeheine wöchentlich an die Verbandsbezirksleiter einzuschicken, damit der Bezirksleiter für seine Kartei sich die notwendigen Notizen machen kann. Der Verbandsbezirksleiter sendet dann die Aufnahmeheine an die Verbandsleitung in Berlin ein.

Die Ortsgruppen fügen den Aufnahmeheinen eine Liste in dreifacher Ausfertigung bei, die nach Möglichkeit auf der Schreibmaschine geschrieben sein soll. Meistens kann man die Handschriften auf den Aufnahmeheinen nicht entziffern, dagegen kennt der Ortsgruppenleiter die Leute persönlich und kann infolgedessen die Listen auf der Schreibmaschine genau schreiben. Piontek, Verbandsleiter.

„Der Deutsche“

Die Tageszeitung „Der Deutsche“, Herausgeber Pg. Dr. Ley, ist das Tageblatt des deutschen Arbeiters. Alle Dienststellen haben die Zeitung zu bestellen und dafür zu sorgen, daß die Werbung bei allen Mitgliedern sofort einleitet. Piontek, Verbandsleiter.

Betr. Schriftverkehr mit der Verbandsleitung

Die Bezirksleiter haben Anordnung bekommen, so rasch als möglich Kreisleiter einzusetzen. Diese haben ebenso rasch überall Ortsgruppenleiter einzusetzen. Die Anschriften der Bezirks- und Kreisleiter werden in Kürze im „Steinarbeiter“ veröffentlicht werden.

Es ist dann unbedingt notwendig, daß die Ortsgruppenleiter sich an den Dienstweg halten und ihre Anfragen an den Kreisleiter richten. Der Kreisleiter hat, wenn er nicht selbst informiert ist, beim Bezirksleiter weiterzufragen, und der Bezirksleiter soll sich dann erst die Auskünfte, die er nicht selber erledigen kann, bei der Verbandsleitung einholen.

Selbstverständlich werden Abrechnungen, ebenso dringende Angelegenheiten, wie Tariffragen usw., direkt an die Verbandsleitung gerichtet. Es geht aber nicht an, daß jede Frage hinsichtlich Beitragszahlung oder Verhältnis zur NSBD. oder sonstige Organisationsfragen immer an die Verbandsleitung gerichtet werden. Augenblicklich gehen hier täglich gegen 1000 Briefe ein. Wenn die Verbandsleitung alle diese Anfragen pünktlich beantworten wollte, so müßte ein ganz großer Mitarbeiterstab beschäftigt werden. Das ist finanziell vollkommen unmöglich, und deshalb müssen minderwertige Anfragen auf dem Dienstwege zuerst an den übergeordneten Amtswalter gerichtet werden.

Anfragen, deren Beantwortung allgemeines Interesse erwecken, werden im „Steinarbeiter“ öffentlich beantwortet werden, so daß sich jedes Mitglied hier informieren kann.

Auf allen Briefen muß der Absender seine genaue Anschrift vermerken (eventuell mit Stempel), damit hier unnötiges Suchen und Zeitverlust vermieden werden.

Piontek, Verbandsleiter.

Betr. Verrechnung der NSBD.-Beiträge gegen die Gewerkschaftsbeiträge

Die NSBD.-Mitglieder, die im Verband organisiert sind, können ihre NSBD.-Beiträge gegen die Gewerkschaftsbeiträge verrechnen, d. h.:

Jedes NSBD.-Mitglied, das in unserem Verband organisiert ist, kann seinen Beitrag, den es bei der NSBD. zahlt, bei dem Gewerkschaftsbeitrag verrechnen, und zwar in Höhe von höchstens 1 M. monatlich.

Wenn also das NSBD.-Mitglied monatlich 60 Pf. an die NSBD. als Beitrag bezahlt, kann es vom Gewerkschaftsbeitrag wöchentlich 15 Pf., zusammen also monatlich 60 Pf. abziehen. Beträgt der NSBD.-Beitrag 80 Pf., dann werden vom Gewerkschaftsbeitrag 80 Pf. abgezogen. Beträgt der NSBD.-Beitrag über 1 M., so wird auf jeden Fall vom Gewerkschaftsbeitrag nur monatlich 1 M. abgezogen. 1 M. Abzug ist also der höchste Betrag, denn man vom Gewerkschaftsbeitrag pro Monat abziehen kann.

Jedes NSBD.-Mitglied ist verpflichtet, dem Kassierer der Verbandsortsgruppe eine Quittung des NSBD.-Kassierers vorzulegen (abgestempelt). Aus dieser Quittung muß hervorgehen, daß dieses Mitglied den NSBD.-Beitrag mit ... M. pro Monat bezahlt hat.

Der Kassierer der Verbandsortsgruppe schickt diese Quittungen als Belege mit der Abrechnung zur Verbandsleitung ein. Piontek, Verbandsleiter.

Neues Bank- und Postcheckkonto

Sämtliche Zahlungen sind von nun an entweder auf das Postcheckkonto des Deutschen Steinarbeiterverbandes Berlin NW Nr. 106 69

oder auf das Konto des Deutschen Steinarbeiterverbandes Nr. 253 bei der

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin SW 19, Wallstraße 65, zu überweisen. Piontek, Verbandsleiter.

Betr. Markenverwand

Die Ortsgruppen melden sofort ihren Bedarf an Marken. Man kann von der Verbandsleitung nicht verlangen, daß diese den Bedarf der einzelnen Ortsgruppen selbst feststellt.

Die Markenforderungen werden innerhalb von 48 Stunden hier erledigt und abgehandelt, so daß Beschwerden über verspätete Zufendung nicht am Platze sind.

Lehmann, Verbandsfinanzwart.

Betr. Anschriften in Briefen

Die Ortsgruppenleiter werden eruchtet, in ihren Zuschriften immer ihre genaue Anschrift mit anzugeben, damit hier unnötiges Suchen vermieden wird, zum Beispiel: Franz Kaiser, Ortsgruppe Billerbeck, Arbeitsamt Münster.

Adler, Verbandschriftwart.

Betr. verlorengegangene Mitgliedsbücher

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen die Ortsgruppen zu Dutzenden über verlorengegangene Verbandsbücher berichten. Eine einfache Bestätigung des Ortsgruppenfinanzwartes genügt nicht, die Rechtmäßigkeit solcher Angaben unter Beweis zu stellen. Bei der Anforderung von Ersatzbüchern sind in jedem Falle von der Ortsgruppe die Angaben genauestens zu prüfen (an Hand Hilfskassiererbücher, Unterstützungsbelege usw.), und nur in zweifelsfreien Fällen an die Verbandsleitung weiterzuleiten.

Adler, Verbandschriftwart.

Betr. Zeitungsverwand

1. Bei Bestellungen des „Steinarbeiters“ bitte ich die Stückzahl für den „Steinarbeiter“ und das „Arbeitertum“ stets getrennt anzugeben. NSBD.-Mitglieder erhalten das Arbeitertum nicht mehr durch den Verband, sondern durch die Ortsgruppe der NSBD. zugestellt!

2. Es ist mir tunlichst für jede Ortsgruppe nur eine Empfangsstelle zu benennen. Einzelpfänger haben sich nach Möglichkeit der nächstliegenden Zahlstelle anzuschließen und von dort die Zeitung zu beziehen. Ausnahme kann nur bei Invaliden gestattet werden.

3. Infolge der hohen Bezugsgebühr des „Arbeitertums“, kann eine Vollbelieferung mit dem „Arbeitertum“ an jedes Mitglied nicht mehr erfolgen. Reklamationen sind deshalb zu unterlassen. Es wird eine Weitergabe an die Kollegen empfohlen.

Hoerisch, Verbandspressewart.

Mitteilungen aus den Bezirken u. Ortsgruppen

Berlin. Die Invaliden-Unterstützung wird in unserem Büro, Berlin SO 16, Engelauer 24—25, jetzt jeden 1. Montag nach dem 15. in der Zeit von 8—1 und 3—6 Uhr ausgezahlt. Ferner ersuchen wir darum, daß für den Unterstützungsempfänger polizeiliche Bescheinigungen mitgebracht werden. Wer ohne diese Bescheinigung kommt, erhält keine Unterstützung. Besondere Benachrichtigungen ergehen nicht mehr. Edzardi.

Gestorben

Am 4. Juli 1933 starb der Steinschlager Jakob Senf in Kujel an Knochenmarkversteinerung. Alter 44 Jahre.

Am 4. Juli 1933 starb der Steinmeß Max Jannasch zu Deutsch-Bajelitz an Magenkrebs. Alter 44 Jahre.

Am 9. Juli 1933 starb der Brecher Heinrich Nauemann zu Wieja an Altersschwäche. Alter 76 Jahre.

Am 14. Juli starb der Steinfeher Wilhelm Hoyer zu Leipzig an Magenkrebs. Alter 65 Jahre.

Verlag: Deutscher Steinarbeiter-Verband, Berlin W9, Königin-Augusta-Straße 12. — Herausgeber: M. Piontek, verantwortlich für die Schriftleitung: M. Hoerisch, beide in Berlin W9, Königin-Augusta-Straße 12. — Druck: Buchdruckerveranstaltung G.m.b.H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5.